

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal

BNN Bretten

BNN Kreisseite

Brettener Woche

Kurier

www.ka-news.de

Landfunke.de

www.bruchsal.org.de

Bruchsaler Woche

Hügelhelden.de

Pforzheimer Zeitung

Mühlacker Tageblatt

Eppingen.org

IHK

Wochenblatt

Pforzheimer Rundschau

NADR

Amtsblatt Stadt Bruchsal

www.bak-bretten.de

Datum: 5. Nov. 2014

Das „Wochenblatt“ im Gespräch

„Sie verhandeln über TTIP in den Hinterzimmern“

Bruchsal. Seit einem Jahr verhandeln die Europäische Kommission und die USA über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, eine Partnerschaft für Handel und Investitionen, in der Zölle und andere Handelsbeschränkungen abgebaut werden sollen. Die Gewerkschaften befürchten, dass TTIP den Sozialstaat in Deutschland und in anderen europäischen Ländern bedroht. Wochenblatt-Mitarbeiterin Susanne Maske sprach mit Eberhard Schneider, dem 1. Bevollmächtigten der IG Metall Bruchsal.



Eberhard Schneider, IG Metall Bruchsal

FOTO: MASKE

???: Brauchen wir ein Freihandelsabkommen?

Eberhard Schneider: Unter den jetzigen Bedingungen sagen wir als IG-Metall eindeutig: Nein! Da gibt es zwei unterschiedliche Meinungen: Die Befürworter sprechen stets von mehr Wohlstand für alle, die anderen gehen davon aus, dass es zu einer Verschlechterung des Standards führen wird. Wir wissen, dass der ökonomische Gesamteffekt gering sein wird. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung aus 2013 sagt für den Maschinenbau ein Zunahme der Beschäftigung von 0,012 Prozent voraus, dies wären gerade einmal 810 neue Jobs pro Jahr bundesweit. Im Kern geht es um eine Marktöffnung und die Privatisierung in den Bereichen Abfall, Wasser- und Energieversorgung und im ÖPNV.

???: Was kritisieren Sie denn an TTIP?

Schneider: Es gibt keine umfassende, transparente, demokratische Beteiligung, die eine Kontrolle durch die Parlamente und die Zivilgesellschaft gewährleistet, sondern es wird geheim in den Hinterzimmern verhandelt. Da ist Vorsicht geboten.

Fortsetzung auf Seite 10

„Kritisch und aktiv begleiten“

Fortsetzung des Interviews

???: Gegenstand von TTIP ist das Investitionsschutzabkommen für amerikanische Unternehmen. Worin liegt hier die Gefahr?

Schneider: Amerikanische Unternehmen in der Region könnten, zum Beispiel den Gesetzgeber verklagen, wenn die Mindestlöhne deutlich erhöht werden, weil dadurch die Gewinne niedriger ausfallen. Hinzu kommt, dass der Streitfall dann nicht bei den Gerichten ausgetragen wird, sondern in einer Schiedsstelle, die mit Wirtschaftsanwälten aus privaten Kanzleien besetzt ist und sich einer öffentlichen Kontrolle entzieht.

???: Gibt es vergleichbare Abkommen mit dem Ausland?

Schneider: In Deutschland existieren aktuell mit 131 Staaten bilaterale Investitionsschutzvereinbarungen – allerdings nicht mit den USA. Die Abkommen schützen die Ansprüche des Investors an das Gastland. Aktuell verklagt der schwedische Konzern Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs auf 3,7 Milliarden Euro.

???: Was sind Ihre Forderungen an das Abkommen beziehungsweise an die Vertragspartner?

Schneider: Es darf kein Abkommen geben, das Umwelt, Gesundheit, Arbeitnehmerrechte

und Sozialstandards bedroht. Wir fordern klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Beschäftigtenrechten, von Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards. Wir wollen keine weitere Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Bereiche. Außerdem fordern wir als Voraussetzung für ein Abkommen, dass die USA alle Kernarbeitsnormen der International Labour Organisation (ILO) unterzeichnet und umsetzt.

Dabei geht es vor allem um die Hürden bei der Gründung von Arbeitnehmervertretungen in den USA.

???: Wie werden Sie als Gewerkschaft nun weiter vorgehen?

Schneider: Wir als IG Metall werden gemeinsam mit anderen Organisationen den weiteren Prozess kritisch und aktiv begleiten. Wir werden es nicht zulassen, dass die Macht der Konzerne weiter gestärkt wird, während die Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft massiv eingeschränkt werden.

???: Was kann jeder Einzelne tun, der dieses Abkommen nicht haben will?

Schneider: Es gibt fast 100 verschiedene Organisationen, die sich kritisch mit TTIP auseinandersetzen: Einfach mitmachen.